

Personenfreizügigkeitsabkommen: Wirtschaftliche Bedeutung am Beispiel des Inselspitals, Universitätsspital Bern

Dr. Urs Birchler, Direktionspräsident, Inselspital

1. Ohne Mitarbeitende, deren Herkunft ein ausländischer Staat ist, könnte das Inselspital – alle grossen Spitäler in der Schweiz – weder quantitativ noch qualitativ auf dem heutigen Niveau weitergeführt werden.
 - 1.1 Quantitativ wäre die Leistungskapazität in den Kern- und Supportprozessen nicht mehr gegeben.
 - 1.2. Qualitativ entstünde in den Kernprozessen bei Schlüsselfunktionen ein spürbarer Mangel. In der Schweiz kann im Operationsbereich, in den intensivmedizinischen Bereichen und in der Bildgebung (Diagnose) weitaus nicht genügend qualifiziertes Personal rekrutiert werden. Es lassen sich zu wenig Personen mit einem Schweizer Pass in diesen anspruchsvollen Spitalberufen ausbilden.
2. Für die Supportfunktionen rekrutieren wir aus den klassischen Zuwanderungsländern Spanien, Portugal und Italien. Das war vor den bilateralen Verträgen so und das wird auch in Zukunft der Fall sein.
3. Für die grossen Spitäler, besonders für die Universitätsspitäler, ist entscheidend, dass eine Kultur der offenen Grenzen besteht nicht nur vom Ausland in die Schweiz (Rekrutierung), sondern auch von der Schweiz ins Ausland. Für unsere Nachwuchsleute in der Medizin und Forschung ist es entscheidend, dass sie im Ausland für die Weiterbildung willkommen sind und gute Chancen haben, herausfordernde Weiterbildungsstellen zu erhalten.

Anhang: Zahlen des Inselspitals, Universitätsspitals Bern

- I. Ärzte und weitere Akademiker: 1274 Personen
- 64% Schweizerinnen und Schweizer
 - 36% mit einem ausländischen Pass, wovon
 - 26% aus Deutschland

(Total Mitarbeitende aus 38 Staaten)

- II. Alle Mitarbeitenden (ohne Studenten/Lernende): 7393 Personen
- 78% Schweizerinnen und Schweizer: 5751 Personen
 - 22% mit ausländischem Pass: 1642 Personen
- wovon:
- 10% aus Deutschland: 753 Personen
 - 2% aus Spanien: 142 Personen
 - 1,6% aus Portugal 121 Personen
 - 1,4% aus Italien 107 Personen

(Mitarbeitende aus insgesamt 77 Staaten)

Bern, 07. Januar 2009